

Information

zum Streik der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

[23. Juli 2013]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
• Fachbereich
Bund + Länder

INFORMATION

Streik auf Schleusen und Wasserstraßen

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

wir, die Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung streiken und Sie spüren die Auswirkungen. Das bedauern wir ausdrücklich. Leider bleibt uns keine andere Möglichkeit, als für die Aufnahme von Tarifverhandlungen zu streiken.

Die Bundesregierung hat den Komplettumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung beschlossen und bereits erste Maßnahmen mit der Schließung der regionalen Direktionen durchgesetzt. Außerdem ist der Abbau von 25% der Stellen im Bereich der WSV geplant.

Davon sind nicht nur die Beschäftigten betroffen, die aufgrund dieses Umbaus Nachteile befürchten müssen, sondern auch der bislang nur der reibungslose Ablauf im Schiffsverkehr auf den Wasserstraßen.

ver.di fordert für die Beschäftigten zur Absicherung einen Tarifvertrag. Der Bund ist nicht bereit zu Verhandlungen. Daher hat ver.di jetzt zu einem unbefristeten Streik aufgerufen.

Damit kommt es zu massiven Einschränkungen und Behinderungen im Schiffsverkehr auf den Wasserstraßen. Davon betroffen sind Reedereien und Partikulierer für den Güterverkehr ebenso wie die Veranstalter der Kreuzfahrten.

Wir bedauern diese Unannehmlichkeiten und Behinderungen ausdrücklich, bitten Sie aber auch um Ihr Verständnis für die Situation der Beschäftigten in der WSV.

Wir sehen uns leider zum Streik gezwungen.

Bislang verweigert die Bundesregierung Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu stellen.

Damit zeigt sie, dass sie nichtgewillt ist, in einen fairen Aushandlungsprozess mit ver.di einzusteigen. Damit zeigt sie auch, dass sie ihre Beschäftigten nicht wertschätzt.

Wir wollen weiter für eine funktionsfähige und zukunftsorientierte Wasser- und Schifffahrtsverwaltung arbeiten und für Sie die Wasserstraßen schiffbar machen.

Wir haben Angst um unsere Arbeitsplätze, wir wollen eine Absicherung vor den Nachteilen, die aufgrund der Umstrukturierungen entstehen. Diese Absicherung können wir nur mit unserer Gewerkschaft in einem Tarifvertrag verbindlich erhalten.

Wir bitten Sie daher um Verständnis für unsere Situation und diesen Streik und würden uns über solidarische Unterstützung freuen.

Bitte wenden Sie sich dazu an die Bundesregierung, da das zuständige Bundesverkehrsministerium auf solche Anfragen nicht mehr reagiert:

**Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin;
Tel.: 030/182722720 (8-18 Uhr) oder
www.bundeskanzlerin.de.**

Vielen Dank.



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft